



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

ersch. wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Zeitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Bekanntmachung.

In Beantwortung vieler Anfragen über die neuen Beitragsätze sei besonders darauf hingewiesen, daß zu den in den Nummern 30 und 31 der „Solidarität“ bekanntgegebenen Beiträgen, noch die Ortsbeiträge kommen. Die bereits veröffentlichten Verbandsbeiträge verstehen sich also ohne Ortsbeiträge. Der Verbandsvorstand.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Am 6. und 7. August tagte in Hamburg eine Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Von unserm Verband waren Vertreter des Verbandsvorstandes und der Zahlstellen Berlin und Hamburg auf dieser Tagung anwesend. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten sprach zuerst Kollege W a s c h e vom DGB über „Unsere Jugendarbeit seit dem Leipziger Gewerkschaftskongreß“. Seltene gehaltvollen Ausführungen ist folgendes zu entnehmen:

Die Zeit seit dem Leipziger Kongreß stand unter dem Zeichen wirtschaftlicher sowie politischer Reaktion. Erst im Dezember 1923 begann der Wiederanstieg der Gewerkschaft. Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne machten größere Erfolge in der Organisation unmöglich. Diese wirtschaftliche Lage wirkte sich naturgemäß auch auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit aus. Die Arbeit für Jugendschutz und -recht ist immer abhängig von der Macht und Stärke der organisierten erwachsenen Arbeiterschaft. Als die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hatte, mußten die einzelnen Gewerkschaften sowie der DGB die Jugendarbeit zum Teil einstellen. Die örtliche Arbeit mußte vorliegen, da keine genügenden Mittel zur Finanzierung vorhanden waren. Mit der Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse konnten dann wieder Fortschritte gemacht werden. Nach dem Beschluß des Leipziger Kongresses wurde das Jugendsekretariat eingerichtet, allerdings die Bildung eines Jugendbeirates vom Ausschuss abgelehnt. Dafür wurden Sachverständigenzusammenkünfte abgehalten. Die erste Arbeit innerhalb dieser Besprechungen war die Schaffung des gewerkschaftlichen Jugendprogramms, das der Aufsicht des DGB „auch“ genehmigte. Die Herausgabe einer Jugendführerschaft wurde vom Ausschuss abgelehnt. Er verwies auf die Gewerkschaftszeitung, um eine Entfremdung der jugendlichen von den älteren Mitgliedern zu vermeiden. Im Jahre 1922 zählte man 464 000, im Jahre 1925 nur noch 267 000 jugendliche Mitglieder. 1922 waren in 1400 Ortsauschüssen 425 Jugendartikeln vorhanden, dagegen im Jahre 1924 in 1011 Ausschüssen nur 243 Artikel. Einzelne Verbände meldeten, daß die Jugendarbeit in den Kartellen verlagert habe. Das beständige auch die zahlenmäßig geringe Berichterstattung; haben doch 1924 nur 62 Kartelle berichtet. Im allgemeinen kann die Jugendarbeit der Gewerkschaften und des DGB als fortschrittlich betrachtet werden.

Die auf den Bericht folgende Diskussion stand unter dem Zeichen ernster und sachlicher Arbeit trotz der scharfen Kritik, die von dem größten Teil der Redner geübt wurde. Hervorzuheben sind die Ausführungen der Kollegen Waslamiat und Hecker-Berlin sowie Schmidt-Cassel, die unter anderem sagten: Die Jugendarbeit des DGB wird unter ganz falschen Voraussetzungen geleistet. Es gilt nicht nur Jugendschutz zu treiben, eine geistige Verbindung zwischen der Jugend und den Erwachsenen muß geschaffen werden, damit die Kräfte, die in der Jugend schlummern, zur Entfaltung kommen. Die irtümliche Auffassung, daß der sozialistischen Arbeiterjugend diese Aufgabe zufällt, muß fallen gelassen werden. Ist doch selbst, wie von Kollegen Schmidt-Cassel ausgeführt wurde, die Arbeiterjugend nur zu 50 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaften haben nicht nur Augenblicksaufgaben zu erfüllen, sondern die Arbeiten der Zukunft vorzubereiten, und das wird besser gelingen, wenn die Gewerkschaften die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Jugendbeziehung erkannt haben. Es liegt in der Hand des DGB, aus der jungen Generation gute Gewerkschaftsfunktionäre heranzubilden. Der Kulturbeitrag muß für die Jugendarbeit mehr als bisher in Anspruch genommen werden. Der Vertreter des DGB, Kollege Knoll, gab bekannt, daß der Name Kulturbeitrag nicht richtig sei, man müsse ihn als Bildungsbeitrag bezeichnen. Selbst große Gewerkschaften seien Gegner des Beitrages. Der Jugendbeitrag kann nicht gebildet werden, weil sich nicht soviel Kollegen finden würden. Da mehrere Anträge und Entschlüsse zu diesem Gegenstand der Tagesordnung vorlagen, wurde eine Redaktionskommission gewählt, die den Versuch machen sollte, eine einheitliche Entschlüsse auszuarbeiten. Dann nahm der Kollege K r i e t s c h das Wort zu seinem Referat „Jugend und Beruf“:

Das Persönlichkeitsbewußtsein und Bedeutsamkeitsgefühl kann in einem Großstadtmenschen ohne Bestimmung nur aufkommen, wenn er einen festlichen Anhaltspunkt findet. Diesen Anhaltspunkt kann der Industriearbeiter durch die

Ergreifung eines Berufs erlangen. Das Gefühl, nicht durch all und jeden ersetzt werden zu können, läßt in ihm den Berufsstolz aufkommen. Dieser Stolz und der Gruppenegoismus ist die Rehrseite eines an sich wertvollen Sachverhalts. Die des öfteren gerühmte Solidarität der Berufslosen ist kein schöpferisches Element, sondern durchaus unfruchtbar. Diese Solidarität ist lediglich das gemeinsame Gefühl der Verneinung und Leere. Durch die technische Entwicklung kam der Berufsgedanke in eine tragische Lage. Der Mensch wurde der Maschine unterworfen, wurde ein Teil vom Ganzen und konnte durch jeden anderen leicht ersetzt werden. Diese tragische Lage erscheint ausweglos, da sie notwendigerweise um unserer Produktionstechnik entsteht. Die nach Menschentum und Lebensraum hungernde Jugend stemmt sich dagegen, nur ein mechanisches Teilchen zu sein. Sie verliert sich in die Dinge zu meistern. Die Arbeit wird ihr nicht zum Beruf, sondern zur Qual. Sie kann nicht ihr Inneres in ihr aufgehen lassen. So wird der Jugend das Leben inhaltlos, und sie muß seelisch zugrunde gehen. Lehrwerkstätten und Industrielehrer können diesem Schicksal gegenüber nur Nothelfer sein. Die Freizeitkultur trägt mit dazu bei, das menschliche Dasein zu bereichern. Eine Frage ist es, ob die menschliche Natur die moderne technische Entwicklung auf die Dauer verträgt. Kollege N i e t s c h kam zum Schluß seines Referats zu dem Ergebnis, daß die technischen Einrichtungen der menschlichen Natur angepaßt sein müssen, nicht wie es bisher der Fall war, daß der Mensch sich den technischen Einrichtungen fügen muß.

Der Vorschlag des Bureau, erst das Referat „Gewerkschaften und Berufsschule“ anzuhören, um dann über beide Referate in eine Diskussion einzutreten, wurde trotz Einspruchs gegen eine starke Minderheit angenommen.

Kollege K o s t e behandelte das schon oben genannte Thema:

Die Berufsschule nimmt im wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Leben eine besondere Stellung ein. Der Staat als Schutzherr gibt der Berufsschule die innere sowie äußere Organisationsform. Die Schüler finden in ihr eine Erziehung und Vertiefung in beruflicher Hinsicht. Die Berufsschule hat die Aufgabe, an der Erleichterung der Jugend in geistiger sowie körperlicher Hinsicht mitzuwirken. Der Schüler ist als wertvolles Mitglied zugleich Angehöriger einer Berufsgemeinschaft. Die Gewerkschaften haben daher ein Recht, an dem inneren sowie äußeren Ausbau der Berufsschule mitzuwirken. Ihre Mitwirkung erstreckt sich: 1. auf Beteiligung beim Erlaß aller die Berufsschule betreffenden Gesetze und Verordnungen (gutsächliche Ausführung, hinreichende Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften des Reichs, der Länder und Gemeinden; 2. auf Beteiligung an der Verwaltung der Berufsschule (Berufung von Gewerkschaftsmitgliedern in Schulvorständen, Kuratoren, Deputationen, Landesgewerbeämtern usw.); 3. auf Mitarbeit bei der Aufstellung von Bildungsplänen; 4. auf Teilnahme und Betätigung bei Berufsaufstellungen zum Zwecke der Jugendberufshilfe; 5. auf Anträgen zwecks Errichtung weiterer oder neuer, soweit sie mit der Berufsschule verbunden sind; 6. auf Einwirkung und Unterweisung der Betriebsräte gemäß § 78 Ziffer 2 BVB; 7. auf Zusammenarbeit mit der organisierten Berufsschullehrerschaft. Darüber hinaus haben die Gewerkschaften wie bisher den Berufsgedanken durch Errichtung und Unterstützung von Bildungsveranstaltungen, die der beruflichen, gesellschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung und Fortbildung dienen, zu pflegen und zu fördern. Kollege K o s t e hat zum Schluß, die von ihm vorgelegte Entschlüsse anzunehmen.

Im der auf beide Referate folgenden Aussprache zeigte es sich, daß der Vortrag des Kollegen N i e t s c h nicht die volle Zustimmung der Delegierten fand. Als im höchsten Grade beifolgend fand der größte Teil der Delegierten die Stellungnahme des Kollegen N i e t s c h zum Berufsstolz. Des weiteren aber auch seine Auffassung über die Solidarität der Berufslosen. Die Zeit, in der der Beruf noch was galt, wie ihn der Kollege N i e t s c h hinstellt, ist durch die moderne Produktionstechnik beseitigt worden. Was es eine tragische Lage sein oder nicht, auf keinen Fall können wir die Dinge unter dem Gesichtswinkel des Berufs betrachten, sondern grundlegend muß für uns die gesamte proletarische Bewegung sein. Die technische Entwicklung zwingt den einzelnen Berufsangehörigen zu einer entsprechenden Einstellung. Er muß sein berufliches Können der Gesamtbewegung nutzbar machen. Von einer Verneinung und einer Leere kann bei den Berufslosen nicht die Rede sein. Dort ist die Erkenntnis der technischen Entwicklung nicht durch den Berufsstolz und den Gruppenegoismus gehemmt. Einen Ausweg aus dieser tragischen Lage der Berufsangehörigen gibt es wohl, indem ein jeder aus der Erkenntnis der Dinge, die nun einmal vorhanden sind, die Lehre zieht, nämlich das Zusammenhalten aller, ob beruflos oder nicht. In diesem Sinne muß die Jugend aufgeklärt werden, dann wird sie nicht zu einem Werturteil kommen, wie es der Kollege N i e t s c h ausgesprochen hat. Die Ausführungen des Kollegen K o s t e wurden von einigen Rednern noch ergänzt und unterstrichen.

Nach kurzen Schlussworten beider Referenten legte K o l l. Brautmüller als Berichterstatter der Redaktionskommission die Schwierigkeiten dar, aus den vielen Anträgen und Entschlüssen eine dem Wunsch der Konferenz entsprechende Erklärung auszuarbeiten. Er bat, diesem Rechnung zu tragen und die Ergebnisse der Redaktionskommission anzunehmen. Betreffs Herausgabe eines Mitteilungsblattes wurde folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Die Konferenz ersucht den Bundesvorstand, ein Mitteilungsblatt für die Funktionäre der gewerkschaftlichen Jugendarbeit herauszugeben, das besonders die für die örtliche Arbeit in Frage kommenden Gebiete des Lehrlingswesens, des Jugendschutzes, der Berufsberatung, des Berufsschulwesens, der Jugendfürsorge usw. behandelt.“

Die Angliederung eines Jugendbeirates an das Jugendsekretariat wurde mit einer geringen Mehrheit durch folgende Erklärung abgelehnt:

„Die der Konferenz vorliegenden Anträge auf Schaffung eines Beirates sind gegenständlicher Natur; es wird einmal ihr Aufbau auf begründlicher, andererseits auf beruflicher Grundlage gefordert. Im Hinblick auf das kommende Berufsausbildungsgesetz wird eine Festlegung der organisatorischen Form jetzt nicht für zweckmäßig gehalten. Die bisherigen Sachverständigen-Besprechungen sollen inzwischen weiter stattfinden und den Notwendigkeiten entsprechend erweitert werden.“

Nachfolgende Entschlüsse über Organisationsform fand einstimmige Annahme:

„Die Konferenz bringt allen Ortsauschüssen den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses in Erinnerung, wonach die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften durch Jugendartikeln zusammengefaßt werden soll. Die Konferenz bekräftigt ferner den von den früheren Tagungen eingenommenen Standpunkt, daß Beschränkungen ihres Tätigkeitsgebietes nicht in Frage kommen können. Die Tätigkeit der örtlichen Jugendartikeln und die Art des Zusammenarbeitens mit proletarischen Jugend- oder Sportvereinen sich nach den am Orte gegebenen Verhältnissen richten.“

Unter großen Stimmeneinstimmungen wurde dann die nachstehende allgemeine Entschlüsse angenommen:

„Die Konferenz hält es für erforderlich, erneut zu betonen, daß eine gründliche Bildungsarbeit an der heranwachsenden Jugend eine Notwendigkeit für diese selbst und ebenso für die Gewerkschaftsbewegung ist. Zu ihrer Förderung muß zentral und örtlich mehr als bisher getan werden.“

Vom Jugendsekretariat des DGB wird erwartet, daß es den örtlichen Jugendartikeln mit Anregungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Seite steht. Die Schulung der Jugendleiter muß es sich besonders angelegen sein lassen. Wo die organisatorischen Voraussetzungen vorhanden sind, erscheinen bezirksliche Jugendleiter-Konferenzen oder auch Jugendleiter-Kurse als zweckmäßig. Für Propagandazwecke sollten Werbebeschriften herausgebracht werden; der Verwendung des Films für Werbezwecke ist Aufmerksamkeit zu widmen. Als dringend wünschenswert erscheint ferner die Schaffung eines Reichs-Ferienheims.“

Die Entschlüsse zum Referat Gewerkschaften und Berufsschule fand einstimmige Annahme.

Es entspricht dem Wesen der Gewerkschaften, daß sie die Berufsschule als eine unbedingt notwendige Bildungsstätte für die heranwachsende Jugend betrachten. Um die schulentlassene Jugend zur Arbeit im Beruf, im Staat und in der Gesellschaft erziehen zu können, wie es ihre Aufgabe ist, muß die Berufsschule mehr als bisher neuzeitliche Lehrweisen und Lehrmittel zur Anwendung bringen. Dies sowie die gegebene Rücksichtnahme auf die geistigen und seelischen Eigenarten der im schwierigen Lebensabschnitt sich befindenden Jugendlichen lassen eine besonders sorgfältige Auswahl der Lehrkräfte erforderlich erscheinen. Ihnen muß weitest Mögliche für eigenen Weiterbildung geboten werden. Die Konferenz kann aber die Forderung, das vollendete Hochschulstudium zur Voraussetzung für die Lehrtätigkeit zu machen, nicht als berechtigt ansehen. Es muß tüchtigen Kräften aus der praktischen Berufsarbeit der Weg zur vollberechtigten Lehrtätigkeit offen bleiben.

Dem Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt werden; bisher mußte jedoch festgestellt werden, daß hierbei die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation sowie der neuen arbeitsrechtlichen Verhältnisse (Betriebsräte, Kollektivverträge usw.) noch nicht die verdiente Würdigung finden. Wo die Lehrkräfte für diese Anforderungen nicht ausreichen, müssen andere geeignete Personen (Gewerkschaftsführer, Arbeitersekretäre, Gewerbeinspektoren) mit herangezogen werden. Die Erteilung von Reifeunterschied ist nicht Aufgabe der Berufsschule.

Die wiederholten Versuche von Unternehmervereinigungen, den Wirkungsbereich der Berufsschule einzugrenzen, z. B. durch die Forderung des Abendunterrichts und der

Herabsetzung der Ausgaben, würden, wenn sie Erfolg hätten, die Unterrichtserfolge stark beeinträchtigen. Die örtlichen Gewerkschaftsleitungen werden deshalb aufgefordert, gegen solche Vorläge ganz entschieden, möglichst gemeinsam mit der Berufsschul-Lehrerschaft, Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften halten nicht einen Abbau, sondern einen weitgehenden Ausbau der Berufsschule für eine volkswirtschaftliche und sozialpädagogische Notwendigkeit. Sie fordern deshalb die reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens und unterstützen den Entwurf eines Reichsberufsschulgesetzes, der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits im Februar 1925 eingebracht wurde.

Ein Aufruf, den Kampf gegen den Alkoholismus in stärkerem Maße als bisher zu führen, wurde zur Kenntnis genommen.

Nach Erledigung vorliegender Anträge wurde in der Tagesordnung fortgefahren. Punkt 4 der Tagesordnung sah zwei Referate über die Berufsausbildung in der Gewerbegebung vor. Als erster Redner ergriff der Koll. Limn das Wort über den neuen Gesetzentwurf. Als zweiter der Koll. Fülle über die praktische Mitwirkung der Gewerkschaften an der Regelung der Lehrverhältnisse. Beide Referate fanden die Zustimmung der Konferenz.

Mit einigen anfeuernden Worten des Koll. Maschke, nun gemäß den Entschliessungen der Konferenz in den Bezirken zu arbeiten, fand die arbeitsreiche Konferenz unter dem gemeinsamen Gesang „Dem Morgenrot entgegen“, ihr Ende.
Kurt Pflanz.

Zum Streit im Schriftgießereigewerbe.

Der Abwehrkampf unserer Kollegen und Kolleginnen im Schriftgießereigewerbe gegen eine ungenügende Entlohnung geht unermüdet weiter. Er wird solange fortgesetzt werden, bis die tätigsten Unternehmer zur Einsicht kommen. Vorläufig sind sie, wie es scheint, noch nicht klug geworden und versuchen mit recht schädlichen Mitteln, den Ausgang des Kampfes für sich günstig zu beeinflussen.

Wie in Frankfurt a. M., so haben sie auch in Leipzig durch ganzseitige Inserate in der Tagespresse die Öffentlichkeit „unterrichtet“, wie gut es die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schriftgießereibetrieben hatten. Sie veröfflichten die Spählöcher, um den Einblick zu erwecken, daß eine Ursache zum Streit überhaupt nicht vorlag. Von der gesundheitsgefährdenden Arbeit in den Schriftgießereien und von den ungeheuren Profitten der Unternehmer sagten sie natürlich nichts. Außerdem entdeckten die Schriftgießereibehälter auf einmal ihr Herz für die Arbeitlosen, denen sie gerne Brot und Lohn gegeben hätten, wenn sie nicht durch die Schriftgießereiarbeiter daran gehindert worden wären. Daß sie von ihrem Recht der Einstellung Berufsfremder nicht in vollem Umfange Gebrauch machten, verschwiegen sie wohlweislich, obwohl sie selbst die ihnen zugehenden 10 Proz. ungelernter Arbeiter als „eine ganz unzureichende Zahl“ bezeichnen. Wir wissen und jeder Arbeiter wird sich das denken können, daß die Unternehmer mit ihrem Bestreben, ungelernete Arbeiter an den Maschinen zu beschäftigen, nur das eine Ziel verfolgten, möglichst billige Arbeitskräfte in die Betriebe zu bekommen. Da ihnen die gut organisierte Arbeiterchaft der Schriftgießereien dieses löbliche Ziel vereitelte und verlangte, berufsfremde Arbeiter ebenso zu bezahlen — nach einer kurzen Zeitspanne — wie das andere gebildete Personal, hatten die Unternehmer kein Interesse mehr an der Einstellung von Arbeitslosen aus anderen Gewerben. Ein so offener in die Welt hinausposauntes Wohlwollen von Unternehmern für Arbeitslose ist immer verächtlich. Das haben sich diese auch gefasst und sind den Schriftgießereibetrieben ferngeblieben.

In Leipzig wie in Frankfurt a. M. haben die streikenden Arbeiter den Unternehmern derbe und deutliche Antwort gegeben und die ganze Heuchelei der Scharmacher im Schriftgießereigewerbe ins rechte Licht gesetzt. Die Unternehmern haben nun vorläufig die Sprache verloren, werden aber bestimmt bald wieder ein neues Märchen erfinden, mit dem sie Arbeitswillige zu fördern gedenken. Mehr als einen Heiterkeitserfolg werden sie sicher nicht erreichen.

Die Unternehmer befinden sich somit in keiner beneidenswerten Lage. Ihr Viebeswerben bei den Arbeitslosen war vergeblich und die großen dafür aufzuwendenden Kosten nicht wert. Ihr Appell an die „besonnenen Leute“ unter den Schriftgießereiarbeitern verfaßt auch wirkungslos — es fällt keinem ein, seinen Arbeitstollegen in den Rücken zu fallen — nun versuchen sie, die Buchdruckereibehälter „aufzuklären“. Der Inhaber einer großen Schriftgießerei versteht sich in der „Zeitschrift“ zu der Behauptung, daß die Schriftgießereien diesen Lohnkampf nicht in letzter Linie auch im Interesse der deutschen Buchdruckereien

führen“ und will damit sagen, daß die Schriftgießereiarbeiter zuerst einen Vorstoß zur Erreichung höherer Löhne auf Beschäftigung der Buchdruckgewerbe folgen werden. Damit wird offen zum Ausdruck gebracht, daß der Kampf der Unternehmer im Schriftgießereigewerbe sich gegen die Organisationen der Arbeiter richtet, man will auf jeden Fall die Aufgaben der Gewerkschaften, für eine den Lebenshaltungskosten entsprechende Lohnerhöhung ihrer Mitglieder zu sorgen, mit allen Mitteln vereiteln. Wie weit sich die Buchdruckereibehälter von den Unternehmern im Schriftgießereigewerbe beraten lassen wollen, ist ihre Angelegenheit; erlaubt werden aber viele sein zu erfahren, daß dieser Kampf auch im Interesse des Buchdruckgewerbes geführt wird. Die Arbeiter haben bis heute noch nichts davon gemerkt und sind den Herren dankbar für diese Aufklärung, nach der sie sich richten werden. Jedenfalls ist die Aufstellung der Forderungen der Schriftgießereiarbeiter nicht von den Löhnen im Buchdruckgewerbe, sondern einzig und allein von den Kosten der Lebenshaltung abhängig gemacht worden. Nach der Aufstellung des Artikelschreibers in der „Zeitschrift“ scheint es aber, als ob die Ablehnung der Forderungen durch die Unternehmer und ihr hartnäckiger Widerstand auf einen Wink von befreundeter Seite zurückzuführen sei, wie könnte man sonst von einer Führung des Kampfes auch im Interesse des Buchdruckgewerbes sprechen. Diese ganz neuen Zusammenhänge, die uns da gezeigt werden, dürfen die Arbeiterchaft des graphischen Gewerbes nicht unvorbereitet finden und müssen mehr noch als bisher den festen Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung fördern.

Die streikenden Kollegen und Kolleginnen haben einen starken Schutz in ihren Organisationen. Sie wissen das und lassen daher in ihrer Kampfeszucht nicht nach; sie halten aus trotz aller Opfer, die gebracht werden müssen. Fest steht die Front der Streikenden, die durch alle Maschinen und Gegenstände der Scharmacher nicht zu erschüttern ist. Die Solidarität der organisierten Berufskollegen wird sie stärken und sorgt dafür, daß der Kampf siegreich beendet wird.

Es ist vollbracht!

Die Zollvorlage, die so feierschaftlich die Gemüter wochen- und monatelang erregte, ist unter Dach und Fach. Am 12. August kurz nach 11 Uhr vormittags nahmen die Regierungsparteien die Zollvorlage in einfacher Mehrheit an. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung, sie hatten bereits vorher den Saal verlassen. Die Demokraten nahmen an der Abstimmung ebenfalls nicht teil, sie waren aber im Saal geblieben. Der Reichstag hat in der größten Hülse getagt, die Abgeordneten haben nicht wenig geschwitzt, und dies alles, um die Zoll- und Steuererlasse unter Dach und Fach zu bringen; um die größte Beute, die je auf parlamentarischem Wege erobert wurde, den Agrariern und Schwerindustrieellen vor die Füße zu legen. Diese Herren hatten nicht umsonst die letzten Wahlen finanziert, sie wollten für ihr Geld etwas sehen. Sie wurden reichlich entschädigt. Das deutsche Volk muß für die Dummheit schwer büßen, den Rattenfänger melodien der Rechtsparolen bei den Wahlen gefolgt zu sein.

Nun, da der Reichstag in Ferien geht, hat das deutsche Volk Gelegenheit, die Bilanz seiner Tüchtigkeit zu ziehen. Die Steuererlasse gingen der Erledigung der Zollvorlage voran. Nicht zuletzt die hinter den Regierungsparteien stehenden Industrieellen haben gegen die steuerliche Belastung in Deutschland heftig protestiert. Auch bei v. Schlieben ist es so geblieben, daß das deutsche Volk das Doppelte an Steuern bezahlt als in der Vorkriegszeit. Der Gesamtertrag der Steuern in Deutschland wird auf 11 Milliarden Mark angegeben. Dabei hat der Reichstanzler Buher das Jahres-einkommen des deutschen Volkes auf 25 Milliarden Mark festgestellt, das würde also belagen, daß jeder Deutsche 40 Proz. seines Einkommens verlieren muß. Dabei sind einige Steuern mit Absicht gesteuert worden. Die Erbschaftsteuer z. B. soll im neuen Steuerjahre nur 39 Millionen Mark einbringen gegen 60 Millionen in der Vorkriegszeit. In England erbringt die Erbschaftsteuer 1,1 Milliarden Mark. Die arbeitende Bevölkerung wird in Deutschland hart zur Steuerleistung herangezogen.

Zu alledem tritt nun noch die Zollbelastung. Möglich war dieser Generalraub nur, weil das Zentrum mit den Rechtsparolen darin teilnahm, hohe Schutzzölle aufzurufen zu errichten. Draußen feierte das Volk den Geburtstag der Weimarer Verfassung, die das Zentrum mit geschaffen — draußen markierten Zentrumsteuere — es waren allerdings nur wenige — mit den anderen republikanischen Parteien unter den Klängen der Reichsbannerkapellen in Reich und Glied, und im Reichstag machte man im Bunde der Rechtsparolen Besche, die an eine Verlegung der Verfassung grenzen.

Die Zeiten haben sich geändert. In der Vorkriegszeit wurde um Bagatellen in Rede und Gegenrede wochenlang gekämpft. Jetzt werden die oppositionellen Parteien einfach mundtot gemacht, und eine Kesselpfanne wird im Handumdrehen zur Annahme gebracht. In allerheiligster Stunde hatten die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (ADGB, IGB, HfV) und der Gewerkschaftsring; die Christen hatten sich ausgeschlossen) eine Demitschrift an die Regierung gerichtet, in der die ungeheuren Schäden für das arbeitende Volk und die Wirtschaft, die die Zollvorlage im Gefolge hat, noch einmal aufgezählt wurden. Die Verantwortung für alle die Folgen wurde von den Gewerkschaften von vornherein abgelehnt. Doch das alles nützt nichts — man ging läßt über alle Einwände hinweg. Agrarier und Schwerindustrieellen wollten hohe Schutzzölle, und gegenüber diesen Wünschen hatte alles andere zu schweigen. Volk, ermanne dich! Denn letzten Endes bist du es, dem das Schicksal der Nation in die Hand gegeben!

Erstattung von Lohnsteuer.

Frist zur Antragstellung bis 31. Dezember 1925 verlängert.

Durch die Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerbeträge erhalten. Schon in Nr. 29 der „Solidarität“ ist darauf hingewiesen worden. Für das Jahr 1924 besteht dieser Anspruch in zwei Fällen, erstens bei Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit usw. und zweitens beim Vorliegen besonders wirtschaftlicher Verhältnisse des Steuerpflichtigen (Krankheit, Unglücksfall und dergl.). Danach besteht in allen den Fällen, in denen der steuerfreie Betrag nicht in voller Höhe gutgebracht ist, ein Recht auf Rückerstattung der zuviel abgezogenen Lohnsteuer. Dieser Anspruch besteht ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohnes und der bestehenden sonstigen Einkommen.

Ursprünglich sollte die Frist zur Einbringung solcher Anträge an das Finanzamt am 31. Juli ablaufen. In dem Einkommensteuergesetz, das der Reichstag jetzt verabschiedet hat, ist aber auf Antrag der Sozialdemokratie die Frist bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden. Es ist also hinreichend Zeit gegeben, damit die Gewerkschaften und Betriebsräte die Anträge und erforderlichen Unterlagen sammeln und gemeinsam an das Finanzamt einreichen können. Es liegt im dringenden Interesse aller Lohnsteuerpflichtigen, daß von der Möglichkeit zur Erstattung von zuviel gezahlten Lohnsteuerbeiträgen weitestgehender Gebrauch gemacht wird.

Es empfiehlt sich, diese Anträge etwa in der Form zu stellen, die das nachfolgende Formular enthält, das von verschiedenen Finanzämtern für solche Zwecke ausgegeben worden ist:

Zur das Finanzamt
Auf Grund des § 10 des Steuerüberleitungsgesetzes vom 29. Mai 1925 beantrage ich eine Erstattung von Einkommensteuern für das Kalenderjahr 1924.
Familienstand: verheiratet — ledig — verwitwt. Kinder ohne eigenen Erwerb:
Folgende Angehörige werden vom Antragsteller ohne aus-reichende Mittel unterhalten:
Der Verdienst im Jahre 1924 wurde geschätzt durch Krankheit, Invaldität, Unglücksfälle welcher Art? :
Höhe der dadurch entstandenen Ausgaben oder Ausfälle?
Ist der Antragsteller dauernd erwerbsvermindert durch Kriegsbeschädigung, Invaldität oder Unfall? :
Wieviel Prozent?
Im Jahre 1924 erwerbslos gewesen: vom :
Beschäftigt gewesen: :

Nr.	Bei welchem Arbeitgeber	Verdienst in dieser Zeit	Einkommensteuerbetrag in dieser Zeit	Bemerkungen

Insgesamt 1924: :
Unterschrift: :
(Wohnung, Wohnort):

Waldfest der Zählstelle Rdn.

Herrliches Augustwetter! Vom Morgen bis zum Abend trübte keine Wolke unsern Festtag. Ein wahrer Festtag aus allem Volke. Schon in der Frühe trifft sich unsere Rdn-er Jugend zur Fahrt nach Königsdorf, einem ausgedehnten Walde mit prächtigen Laub- und Nadelholzbeständen. Recht zahlreich ist die Beteiligung unserer jungen Kollegenchaft. Ist doch heute ihr Ehrentag. Zum erstenmal soll die Graphische Jugend Rdn zeigen, was sie kann, zum erstenmal soll sie Zeugnis ablegen von ihrer bisberigen Arbeit. Und nicht nur dieses allein — schöneres stand ihnen bevor: Der Graphischen Jugend soll heute ein Wimpel feierlichst überreicht werden.

Der Zählstellenvorstand hatte es verstanden, diesen Sonntag zu einem unvergesslichen Festtage für die gesamte Kollegenchaft zu gestalten. Schon morgens um 10 Uhr kamen die ersten Teilnehmer. Bis mittags um 3 Uhr hielt der Zählstrom an, auch Vertreter der Bruderorganisationen konnten begrüßt werden. Alle wurden sie von Jugendblitzen am Bahnhofsplan empfangen und auf Waldwegen zum Festplatz geführt.

Gegen 4 Uhr nachmittags beginnt das Programm. Für viele etwas ganz Neues. Die Veranstaltung ist dem Sinne, den Zielen und den Idealen der Jugendbewegung ange-

paßt. Ein Prolog: Wir sind der junge Staat, gesprochen von einem Jungkollagen, leitet das Fest ein. — Begeisterungsvolle Worte für die gewerkschaftliche Jugendbewegung fauß Kollege Heilmann in seiner Ansprache. „Fern vom Kino und Tanzboden löst sich unser Nachwuchs frei entfalten, zu gesundem und geistig starken Menschen wollen wir sie erziehen durch unsere regelmäßigen Jugendabende und Wanderungen“ war der Kernpunkt seiner Worte.

Musikvorträge, Rezitationen ernster und heiterer Art und gut ausgeführte Reigenzüge der Graphischen Jugend wie auch der Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten (von letzteren auch sehr schön zum Vortrag gebracht) wieder mit Klampfenbegleitung) wechseln in buntem Reihenfolge ab.

Nun der Höhepunkt des Festes. Unter hohen, schattigen Bäumen hat sich um einen freien Waldplatz die Rdn-er graphische Gemeinde gelagert. Unsere Jugend — auch die der Holzarbeiter — umrahmt von Fächchen, Wimpeln und zwei großen schwarzrotgoldenen Fahnen nimmt Aufstellung im Waldreife.

Stemlose Stille herrscht ringsum, als Kollege Heilmann hineinsetzt, der Jugend zu Herzen gehende Worte findet, den Wimpel entfährt und überreicht. „Doch das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.“ so klangen seine Worte aus. Die Jugend, um ihn geschart, leistete mit glänzenden

Augen den Treuschwur. Weithin durch den hohen Waldesdom hallend erklang aus jungen Kehlen das Lied „Treuschwur dem Verbande“, eheils vom Kollegen Heilmann zu diesem Zwecke verfaßt.

Die Jugend wird die Treue halten, als gute Gewerkschaftler, als Republikaner. Schwarzrotgold sind die Farben unseres Wimpels. Unter dem neuen Banner kämpft die Jugend mit der Gewerkschaft unter der Parole „Alles für den Verband, alles durch den Verband“.

Unsere Veranstaltung nimmt ihren Fortgang in Spielen für jung und alt in Wiese und Wald. Ein fröhliches buntes Treiben. Die Alten süßten sich wieder mal jung. Zu schnell verfliegen leider die fröhlichen, ungezwungenen Stunden.

Gegen 7 Uhr war das Waldfest beendet und in geschlossenem Zuge geht es nimmer unter Vorantritt der Jugend mit Reichsbannerfahnen, neuem Wimpel und vielen schwarzrotgoldenen Fächchen zu einem Saale nach Herdorf, wo die Festteilnehmer noch einige gemächliche Stunden verleben. Das Fest ummt in allen Teilen einen guten Verlauf. Auch an dieser Stelle sei noch einmal allen Mitwirkenden herzlich gedankt.

Die Jugend blüht nur kurze Zeit, lang aber immer und immer wieder ihr neues Kampflied, die zweite Strophe mit besonderer Wucht:

Der Bundesaussschuß des ADGB.

hat in einer außerordentlichen Sitzung am 12. und 13. August eingehend mit der Wirtschaftstage beschäftigt. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Eggert nahmen die Vertreter der Verbandsvorstände Stellung zu der Politik der Reichsregierung und dem Vergehen der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftsführer waren sich einig, daß für die kommende Zeit den Gewerkschaften schwere Kämpfe bevorstehen. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, für ausreichende Löhne zu sorgen, die von der Erhöhung der Lebenshaltungskosten bestimmt werden. Die Bestrebungen auf Senkung der Lebensmittelpreise sind bisher immer erfolglos geblieben. Es hat daher keinen Zweck, nach dieser Richtung hin weiter zu wirken. Großes Gewicht muß auf das Mietbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen gelegt werden, dafür werden sich die Gewerkschaften mit ganzer Kraft auch gegen den Widerstand des Unternehmertums und der Reichsregierung einsetzen. Die einmütige Auffassung der Gewerkschaften kommt in einer einstimmig angenommenen Entschliessung zum Ausdruck, in der es heißt:

„Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichstangler Dr. Luther und die jetzige Regierung das gewinnstrebende und elgennütige Nachstreben des Unternehmertums. Die Zollvorsorge als Produkt ihrer Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane, die Geringschätzung der Gutachten hervorragender Wirtschaftswissenschaftler, die Nichtbeachtung der Proteste und Petitionen der Arbeiterschaft, die Einstellung der amtlichen Schlichtungsstellen, die vielfach in der einseitigsten Weise nur die Unternehmerwünsche berücksichtigen — das alles zeigt, wie sehr die jetzige Regierung in den Reusen des Unternehmertums eingeschwenkt ist.“

Durch die preissteigernden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird die Lebenslage der Arbeiterschaft unermesslich verschlechtert. Die Erhöhung der Wohnmittelpreise ist besonders schwer die unbedeutende Bevölkerung der Kleinstwohnungen. Die Heraushebung des steuerlichen Einkommens von 60 Mark auf 80 Mark, die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1% auf 1 1/2%, bringen keine Erleichterung, denn sie sind durch die starke Erhöhung der indirekten Steuern auf Verbrauchsmittel mehr als aufgehoben. So bleibt die Zollvorsorge mit ihrer ganzen Schmere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeiterhaushalts bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unmögliche Situation.

Indem der Bundesaussschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Laizage feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolgreichem Kampfe die Grundlage ihres Lebens zu sichern.“

Vorher wurde auf Anregung des Bundesvorstandes über das Organisationsproblem eingehend gesprochen. Der Bundesaussschuß einigte sich in seiner großen Mehrheit auf eine Entschliessung, die dem Gewerkschaftskongress zur Annahme empfohlen werden soll. Nach dieser Entschliessung soll der Kongress den Bundesvorstand beauftragen, auf Grund der neuen Satzung, die der Kongress zu beschließen haben wird, die Industrieorganisationen nach Möglichkeit zu fördern. Die Entschliessung sagt außerdem eine Reihe von Vorschriften der Bundesbeschlüsse noch einmal zusammen, durch welche die dem Bunde angeschlossenen Gewerkschaften nachdrücklich zur strikten Befolgung der Grundzüge aufgefordert werden, die für das Vorgehen bei gemeinsamen Lohnverhandlungen maßgebend sein sollen. Endlich wird in der Beschlussempfehlung betont, daß neben der notwendigen Stärkung der Einzelverbände und neben der Förderung der Industrieorganisation die stärkste Konzentration der deutschen Gewerkschaften in der Geschlossenheit und starken Macht des ADGB zu erblicken ist.

Den kämpfenden Bauarbeitern sprach der Bundesaussschuß seine vollste Sympathie aus. Die Solidarität der gesamten Gewerkschaften ist diesen Kämpfern um Aufrechterhaltung des Achtstundentages gewiss. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung kam zum Ausdruck:

„Sollten die der Bauarbeiterschaft aufgezwungenen Kämpfe von den dem ADGB angeschlossenen Bauarbeiterverbänden nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden können, so ist der ADGB bereit, zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter nach bester Möglichkeit beizutragen. Der Bundesaussschuß beauftragt den Bundesvorstand, gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und durchzuführen.“

Treuschwur dem Verbands.
 Eingeweise: Stimmt an mit bestem, hohem Klang.
 Auf, auf, ihr Jungen! Schließt die Reich'n!
 Was bleibet ihr zögernd stehen?
 Seht ihr denn nicht im Strahlenschein
 Das graph'sche Banner wehen?
 Die Alten haben uns gelehrt
 Die Freiheit wird erstirbt!
 Nur Einigkeit hat sich bewährt!
 Drum kommt in unsre Mitten.
 Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
 Der wollte keine Knechte ...
 Wer nicht von Gott verlassen ist,
 Kämpft mit für unsre Rechte.
 Im Buchdruck, Steinbruch, Zeitungsaal,
 In allen Arbeitshallen,
 Steht fest zusammen, altzamal,
 Das Recht wird euch zufallen.
 Weiderholung:
 Und laßt euch nichts gefallen.
 Nun reicht euch die Kollegenhand
 Und seid in Solidarität:
 Sturmschwarm im graph'schen Verband
 In guter und in schlechter Zeit
 Leb'nt,
 Vorst.-Mitgl. der Graph. Jugend, Köln.

Die straffe Organisation der Unternehmer.

Nicht mit Unrecht bezeichnete der Reichshauptpräsident Dr. Schacht die Ueberorganisation der Unternehmer, wie sie in den Kartellen und Syndikaten zum Ausdruck kommt, als hemmend für die deutsche Wirtschaft. Das Bild eines reichhaltigen Organisationslebens strahlt einem entgegen, wenn man die Papierindustrie und -hande überblickt. Dort gibt es nicht weniger als 78 Unternehmerorganisationen der verschiedensten Art. Es dürfte von Interesse sein, die einzelnen Verbände und Vereinigungen einmal aufzuführen. Es sind gegenwärtig in der Papierindustrie und dem Papierhande folgende Verbände vorhanden:

- Arbeitgeberverband der papiererarbeitenden Industrien, Berlin;
- Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Berlin;
- Außenhandelsverband der papiererarbeitenden Industrie, Berlin;
- Arbeitgeberverband der Papierverarbeitungindustrie im Bergischen Land, Elberfeld;
- Papier-Industrie-Verein, Berlin;
- Konvention für Nidpapispapier, Charlottenburg;
- Autogram-Konvention, Leipzig;
- Neue Bromsüber-Konvention, Berlin;
- Neue Chromosilbarten-Konvention, Berlin;
- Schulzverband für die Postkarten-Industrie, Berlin;
- Verein deutscher Chromo- und Buntpapierfabrikanten, Berlin;
- Verein für gefaltete Photographiekarten, Berlin;
- Vereinigung der Hersteller photographischer Karten, Berlin;
- Vereinigung Buntpapier, Berlin;
- Konvention deutscher Buntpapierfabrikanten, Charlottenburg;
- Vereinigung deutscher Krepppapierfabrikanten, Charlottenburg;
- Vereinigung ostdeutscher Schrenzpapierfabriken, Charlottenburg;
- Verband deutscher Zupapierfabrikanten, Dresden;
- Verband deutscher Papieren-Druckfabrikanten, Berlin;
- Lapetenfabrikanten-Verein, Berlin;
- Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Farb- und Kohle-Papier-Fabrikanten, Berlin;
- Verb. Dtsch. Masten- u. Papierplem-Fabrikanten, Leipzig;
- Freiordnerkonvention, Charlottenburg;
- Kalenderblock-Konvention, Düsseldorf;
- Verb. Dtsch. Papierhüllensfabrikanten, Berlin;
- Verb. Dtsch. Lüten-Beutelfabrikanten, Düsseldorf;
- Verb. Dtsch. Breiumschlagfabrikanten, Elberfeld;
- Verein Dtsch. Spielkartenfabrikanten, Astenburg;
- Verein der Kunstpapiertarten-Verleger, Berlin;
- Verein Dtsch. Papierdeckfabrikanten, Berlin;
- Verein Dtsch. Etikettenfabriken, Frankfurt;
- Verein Dtsch. Papierausstattungsfabriken, Berlin;
- Zeichnermittelvereinigung, Berlin;
- Verein Dtsch. Gummiranfabriken, Berlin;
- Verein Dtsch. Schreibhelferfabriken, Berlin;
- Verband der Geulis- u. Feintartonnagen-Industrie, Berlin;
- Konvention Dtsch. Kartonnagenfabriken, Berlin;
- Vereinigung Dtsch. Fabrikanten von pharmazeutischen Kartonnagen u. Papierwaren, Stuttgart;
- Verb. Dtsch. Faltschachtelhersteller, Berlin;
- Reichsverb. der Geulis-Industrie, Eisenberg;
- Verein Dtsch. Eisenbahnfabrikantenfabrikanten, Charlottenburg;
- Verb. Dtsch. Geschäftsbücherfabrikanten, Berlin;
- Bund Dtsch. Buchbinder-Berufungen, Charlottenburg;
- Verb. Dtsch. Buchbinder-Berufung, Leipzig;
- Reichsverb. der Buchbinder, W.-Glabach;
- Bund Dtsch. weißlicher Buchbindermeister, Charlottenburg;
- Verein Dtsch. Buchbindermeister-Vereine, Schwablich-Gmünd;
- Dtsch. Papiergehändlerverband, Berlin;
- Verb. Dtsch. Pappengehändler, Berlin;
- Verein Dtsch. Schreibwarengeschäfte, Leipzig;
- Reichsverb. Dtsch. Papier- u. Schreibwarenhändler, Würzburg;
- Verb. der Fachgeschäfte für Buchbinderbedarf, Nürnberg;
- Verb. der Altpapier-Sortieranstalten u. Großhandl. Deutschlands, Berlin;
- Verein. Deutscher Papier- u. Pappensortierbetriebe, Berlin;
- Verein. Dtsch. Handelsvert. für Papierw. und graph. Gewerbe, Berlin;
- Zentralaussschuß der Papier-, Pappen-, Zell- und Holzstoff-Industrie, Charlottenburg;
- Arbeitgeberverb. der Dtsch. Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, Charlottenburg;
- Verb. Dtsch. Zellstofffabriken, Charlottenburg;
- Verein. Dtsch. Holzstofffabriken, Dresden;
- Verein. schiff. Handelsholzstofffabriken, Dresden;
- Verein Dtsch. Papierfabriken, Charlottenburg;
- Verb. Dtsch. Druckpapierfabriken, Berlin;
- Vereinigte Ringfreie Zeitungsdruckpapierfabriken, Charlottenburg;
- Verein. Dtsch. Pappensfabriken, Charlottenburg;
- Verkaufsberein. Dtsch. Pappensfabriken, Dresden;
- Wirtschaftl. Verein. der Dtsch. Korbappensindustrie, Charlottenburg;
- Verein. Dtsch. Maschinenleberappensfabriken, Schloß Krippitz;
- Verein. Dtsch. Brechspanfabriken, Berlin;
- Verb. Dtsch. Strohpappensfabriken, Düsseldorf;
- Wirtschaftl. Akt. des Verb. Dtsch. Strohpappensfabriken, Charlottenburg;
- Verb. Dtsch. Dachpappensfabriken, Berlin;
- Dtsch. Dachpappensverein, Berlin;
- Verb. Dtsch. Wellpappensfabriken, Hanau;
- Verein. Zellstoffkarton, Berlin;
- Verein Dtsch. Watzenfabriken, Charlottenburg;
- Verein. sächsischer Pappensfabriken, Chemnitz;
- Verein. sild- und westdeutscher Pappensfabriken, Ouartrot;
- Verein ostfidsch. Handlederappensfabriken, Neudorf.

Gewiß eine sehr reichhaltige Liste von Interessenverbänden aus einer einzigen Branche der deutschen Industrie. Es mag wohl keine Warenartgattung der Papierindustrie und -hande geben, die sich nicht zusammengeschlossen hat. Jeder kommt auf seine Rechnung. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie finden einen mächtigen organisierten Block von Unternehmern vor und die Verbraucher müssen hohe Preise bezahlen, weil es außerhalb dieser Vereinigung keine irgendwie geartete Konkurrenz geben dürfte. In Berlin,

Kolkendorplatz 1, haben 2 und in Charlottenburg, Neue Grolmannstraße 5-6, haben 13 der genannten Verbände ihren Sitz. Ein Auschnitt aus der deutschen Industrie und dies ein interessanter.

Die Ueberorganisation der Wirtschaft

bildete im Anschluß an die Zolltarifverhandlungen das Hauptthema der Tagespresse, deren Handelsteil überfließt von waffenstillschenden Nachrichten darüber, wie sehr der Handel zugenommen habe. Dabei kamen aber auch Werturteile zustande, die leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnten, weshalb ihnen zunächst eine Bemerkung gewidmet werden muß. Wenn beispielsweise auf Grund stoffsicherer Nachweise die zusammenfassende Bemerkung fällt, daß „hiernach der Handel viel weniger überorganisiert ist als die Industrie“, so leitet dieselbe zu dem Fehlschluss, als ob der Handel im großen und ganzen eine normale Entwicklung gezeigt habe, d. h. daß er sich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und zur Kaufkraft der Bevölkerung nicht stärker entwickelt hätte als in Vorriegszeiten.

Daß hiervon das Gegenteil richtig ist, braucht kaum nachgewiesen zu werden. Denn wenn schon Reichstangler, Rintler und Bürger- und Oberbürgermeister einer Reihe von Städten wegen der Ueberfüllung des Handels öffentlich in Klagen ausbrochen und darauf hinwiesen, daß bei gesunkener Kaufkraft der Bevölkerung der Handel um 25 bis 30 Proz. mehr als die Bevölkerung gewachsen sei, so kann dies zum Beweis der Tatsache genügen. Auch wenn man nicht davon ausgehen will, daß das Steigen der Warenpreise weniger eine Frage der Zölle, als eine Ueberfüllung des Handels sei. Beides dürfte richtig sein und im Zusammenwirken die wirtschaftliche Lage der Verbrauchergruppen ganz außerordentlich verschlechtern.

Während man aber nun den Füllen auch im politischen Kampfe gegenüberzutreten kann — und die nächsten Reichstagswahlen werden sicherlich wie im Jahre 1903 eine deutliche Quittung der Wählererschaft für den neuen Zolltarif ausstellen —, ist gegenüber der Ueberfüllung im Handel das Mittel der genossenschaftlich organisierten wirtschaftlichen Selbsthilfe so nahelegend, daß man darüber erkaunt sein muß, wie verhältnismäßig geringen Gebrauch die Verbrauchergruppen von diesem Mittel machen.

Man organisiert sich wirtschaftlich im Konsumverein. Ja. Aber man tut fast so gut wie gar nichts, um den Zweck dieser wirtschaftlichen Organisation zu erreichen: die genossenschaftliche Warenverteilung so auszubauen und zu steigern, daß sie konkurrenzlos zwar nicht dem Verbraucher, aber dem Privathandel — Großhändler — wie Einzelhandel — die Preise zu diktieren in der Lage ist.

Ein entscheidender Faktor der Warenpreisbildung auf diesem Wege kann glatt ausgemerzt werden, noch bevor die genossenschaftliche Warenverteilung an die Quelle der Güterproduktion unmittelbar herangekommen ist.

Daß die Vermehrung und Ueberfüllung des Privathandels ein entscheidender Faktor der Warenpreisbildung ist, liegt auf der Hand. Denn wenn, wie in Berlin, Lübeck, Hamburg, Dresden, Leipzig, München usw. usw. im Jahre 1914 auf eine Handelsfirma rund 105 Einwohner kamen und im Jahre 1925 nur noch etwa 65 bis 70, so weiß man, wer die Kosten dieser unrationellen privatwirtschaftlichen Warenverteilung zu tragen hat. Die Verbraucher in höheren Warenpreisen, denn leben wollen auch die neu hinzugekommenen Händler. Und da Industrie und Landwirtschaft die „Künste der Preisgesetzgebung“ mit den Produktionsmitteln in der Hand haben, so werden eben auch hier die Lehren von den Hunden gebissen. Also die Verbraucher.

Dies braucht natürlich nicht unter allen Umständen so zu sein; es könnte im Gegenteil ganz anders sein. Und man kann ja die Hoffnung haben, daß unter dem Zwang wirtschaftlicher Nöte die Einigkeit in der gegebenen Notwendigkeiten des täglichen Lebens viel rascher wächst, als durch die theoretische Darbietung praktischer Beispiele aus dem Wirtschaftsleben der Genossenschaften. Darüber braucht man auch im Unterbewußtsein keine Schadenfreude zu empfinden; noch nicht einmal erklärliche Befriedigung. Denn es ist leider nur die Feststellung einer durch die Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten erhärteten Tatsache, daß die Not der beste Lehrmeister ist.

Der Ueberorganisation in der Wirtschaft, d. h. der Privatwirtschaft, Industrie und Handel, ist ganz einfach die genossenschaftliche Organisation der Verbraucher gegenüberzustellen, welche bestimmt in der Lage ist, willkürliche Preissteigerungen zu verhindern; denn wenn es auf die „Nationalisierung“ der Wirtschaftsunternahmen ankommt, d. h. auf Vereinigung, so haben die Konsumgenossenschaften in diesem Betrage ein geradezu glänzendes Beispiel und Gegenstück zu der Entwicklung in der Privatwirtschaft geliefert, betrug doch beispielsweise die Zahl der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg angeschlossenen Verbrauchergenossenschaften im Jahre 1924 mit 1163 kaum etwas mehr als im Jahre 1914 mit 1109 Genossenschaften. Dagegen ist die Mitgliederzahl in diesem Zeitraum von 1 717 519 Familien auf 3 505 180 gewachsen.

Woraus hervorgeht: 1. Daß die Zahl der Konsumgenossenschaften im Gegensatz zu der starken Vermehrung und Ueberfüllung im Handel fast gleich geblieben ist bei gleichzeitiger Verdoppelung der Uebernehmerzahl; 2. daß hierdurch eine wesentliche Vereinfachung des Verteilungsapparates, wiederum im Gegensatz zum Handel erzielt wurde; 3. daß der Kundentkreis des Privathandels bei beträchtlicher Vermehrung der Betriebe im Gegensatz zu den Konsumgenossenschaften noch eine bedeutende Einschränkung erfuhr.

Es handelt sich also wirklich nur darum, das organisatorisch auf der Höhe stehende Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe richtig auszunutzen, um willkürlichen, oder durch unrationelle Vermehrung des Privathandels herbeigeführten Warenpreissteigerungen vorzubeugen, d. h. preisregulierend zu wirken. Darüber hinaus aber im Laufe dieser Entwicklung selbst Preisentzug herbeizuführen, die ohne die Konsumvereine zu erzwingen, die Verbrauchergruppen ganz einfach ohnmächtig sind.

Was weiter damit verknüpft ist, müssen insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wissen, denn es ist genug eine unumkehrbare Begründete und schließlich erzielte Lohn- oder Gehaltserhöhung durch ein einfaches, einmaliges Anzeichen der Warenpreise in ihrer Wirkung glatt aus der Tasche genommen wird. In des Wortes verwegener Bedeutung. Wogegen die Konsumgenossenschaften durch die volkswirtschaftlich und organisatorisch dem Privathandel überlegene Art ihrer Warenverteilung das Reallohn garantieren können. Dies dürfte an sich schon Grund genug sein, vor allem die gewerkschaftlich organisierten Verbrauchergruppen bis zur letzten Familie, aber auch als Einzelpersonen in die Konsumvereine zu treiben und mit eiserner Konsequenz darauf zu halten, daß deren Verteilungsapparat seinen Beauftragten in Umsatz mehr geht, sondern als eingebaut wird zu einem volkswirtschaftlichen Organ ersten Ranges.

Kommt noch die Zwangsläufigkeit des neuen Zollarifs hinzu mit der drohenden Verschärfung der schon furchtbarsten Lebenshaltung der Massen, dann müßte mit elementarer Wucht vorab bei den arbeitenden Massen die Marxsche These zu praktischer Geltung wenigstens auf diesem Gebiete gelangen: daß die ökonomische Emanzipation den großen Endzweck der sozialistischen Endzweck der sozialistischen Arbeiterbewegung bilden muß.

Kleiner Umsatz, großer Nutzen.

Der Krebsfuß der deutschen Wirtschaft besteht bekanntlich darin, daß der Verbrauch an Waren, kurz gesagt, die Kaufkraft der Bevölkerung während des Krieges und nach dem Kriege stark vermindert worden ist. Dagegen hat sich die Zahl derjenigen in Deutschland, die sich um Fabrikation und Handel bemühen, stark gesteigert. In Berlin waren vorhanden

vor dem Kriege Juni 1925	mehr
Handelsgerichtlich eingetragene Firmen (ohne G. m. b. H. und Aktiengesellschaften)	31 600 70 000 120 Proz.
G. m. b. H. u. Aktiengesellschaften	6 000 36 000 600 Proz.

Zu kommen noch Tausende von Kaufleuten, die gerichtlich nicht registriert werden. Wir finden hier also eine Ueberfüllung und eine Ueberflutung, wie sie wohl in keinem anderen Wirtschaftszweig festzustellen sind. Selbstverständlich wollen alle diese Leute leben. Und sie leben, indem sie die Gewinne und die Verdienstspannen steigern. Sie sind früher mal bei dem soliden Kaufmann, großer Umsatz, wenig Nutzen, so heißt heute die Losung: kleiner Umsatz, möglichst große Ausnutzung der Käufer. Wir haben es mit wirtlichen Parasiten zu tun, die am Markt unserer Volkswirtschaft saugen und eine Gefundung unserer Wirtschaftsverhältnisse vereiteln.

Scharfmacher in Reinkultur.

Die Vereinigung deutscher Unternehmerverbände hatte in ihrem Feldzug gegen jede Lohnverbesserung die Lohnpolitik mit der Währungsstabilität in Verbindung gebracht und die Behauptung aufgestellt, daß Lohnverbesserungen von größerem Ausmaß eine Inflation im Gefolge hätten. Sie sind damit hinterhergefallen. Dennoch geben sie die Schlacht nicht verloren. In einer Denkschrift von 12 Großkopfseiten haben sie die ihnen günstigen Urteile, ihre Rundschreiben und anderes Material zusammengefaßt. Das Thema an sich ist in diesen Spalten sofort und in ausgiebiger Maße erörtert worden, so daß sich ein nochmaliges Eingehen darauf erübrigt. Aber in der Schrift befindet sich ein Artikel „Aus südwestlichen Industriekreisen“, der sich gegen einen Artikel der Frankfurter Zeitung richtet. In diesem Artikel befinden sich ja haarsträubende Stellen, das es sich verbietet, sie bekanntzugeben. Wir greifen wahllos einige heraus: „Die Forderung der Frankfurter Zeitung nach Löhnen, die durch Verhöhung festzusetzen sind, stammt aus der Rumpfkammer unserer Großwäter oder Urgroßwäter. Als Parteiprogramm, als Vorkommen für die Massen mag sich die Forderung bewähren haben, in der Praxis führt die Verwirklichung der Forderung zum Untergang der deutschen Wirtschaft.“

„Was die Frankfurter Zeitung fordert, führt zur Verdrümmung der Menschen, zur Verkühlung und Bereicherung, es ist böse Theorie aus schwächlichen Köpfen geboren, von Schwachköpfen verbreitet und verlangt.“ Der Schwade, der Dumme, der Fauler fürchtet sich vor dem Markte, vor dem Wettbewerb, vor der Konkurrenz, er sucht Schutz hinter irgendeiner Phrase, hinter irgendeinem Programm und, je mehr er den Schutz erlangt, umso geringer werden die Leistungen und die Arbeitsfreude.“

„Zunächst ist weiter, daß die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten um reichlich 100 Proz. gegen Anfang 1924 zugenommen haben. Die Gehälter der höheren Angestellten und Beamten sind übertrieben hoch, die mittleren und unteren Angestellten und Beamten, der Arbeiter aller Berufe sind weit über dem Maß des Notwendigen.“

„Wir stehen allem Anschein nach vor einem Umschwung auf den Märkten für Lebensmittel. Die Preise auf den Viehmärkten ziehen an, die aufgetriebenen Viehmengen werden kleiner. Geringeres Angebot an Fleisch bedeutet kleinere Fleischportionen für den Einzelnen. An die Stelle der maßlosen Fleischverschwendung der letzten 12 bis 15 Monate, tritt ein Haushalten im Fleischverbrauch.“

„Bei der heutigen wirtschaftlichen Einstellung ist damit zu rechnen, daß versucht wird, den steigenden Lebensmittelpreisen steigende Löhne anzupassen, damit der Lohnempfänger ermöglicht wird, wie bisher, die teure Tageszeitung zu kaufen, zahllosen Verbänden, Vereinen anzugehören, zu ermäßigten Preisen häufigst die Theater zu besuchen, alle Kinofrühe durchzunehmen, reichlichen Verbrauch an Genussmitteln vorzunehmen und lange Erholungsreisen auszuführen.“

„Die Sozialdemokraten fürchten, ihre Gefolgschaft in Arbeiterkreisen an die Kommunisten zu verlieren, die Regierung fürchtet die Begehrtheit der Beamten, sie verliert ihre Stütze, weil Polizei und Armee sofort verlassen, falls der Sozialist nicht wie bisher überläßt. Arbeiter und Beamte in Privat- und Staatswirtschaft bilden heute eine ge-

meinsame Armee von Forbernden, die mit Recht verlangen, was man ihnen bisher gegeben hat.“

Sollen wir uns die Mühe machen, gegen solche Hirngespinnne zu polemisieren? Sollen wir beweisen, daß die maßlose Fleischverschwendung, die langen Erholungsreisen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten blauer Unsin sind? Nein, wir wollen es uns erproben. Es ist genug, wenn wir solche Ueberschüngen niedriger hängen. Die Unternehmer von heute find keinen Deut besser als die Buets und v. Stumm der Vorkriegszeit. Ihnen können nur starke Organisationen und rücksichtsloser Kampf imponieren.

Aus den Zahlstellen.

Limdenberg i. N. Wiederum wurde unserem Verbands eine Zahlstelle angegliedert, und zwar Limdenberg i. N. Zwar zählt sie nur acht Mitglieder und ist wohl auch nicht mehr erweiterungsfähig, da nur ein Betrieb mit Hilfspersonal in Betracht kommt. Seit 1919 waren Limdenbergs graphische Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen als Einzelgehälter der Ortsgruppe Kempten angeschlossen, bis die Inflation die Sache einflusslos ließ. Mit Eifer nahm die Kemptener Kollegenhaft sich der verwaisten Mitglieder an und lud eine Vertrauensperson zu der Versammlung am 18. Juli ein, in der unser Gauleiter, Kollege Lehmeier, ein Referat hielt. Darauf wurde von Kollegen Hammes eine Zahlstelle ins Leben gerufen und Feld 31 in unsern neuen Mitgliedsarten feierlich mit der 1. Marke versehen. Im Geburt und Taufe zu feiern, luden wir die Vorstandschaft der Zahlstellen Kempten und Kaufbeuren zu einer kleinen Unterhaltung in unsern Städtchen ein. Wir verbrachten den Samstagabend, zu dem wir ein gut Stück Sonntag hingenommen, in fröhlicher Stimmung. Kollege Wegemann-Kempten erreichte uns mit einer kleinen Andree, zum Zusammenhalten ermahnt, und Kollege Kolb überreichte als Patengeschehen einen schönen Blumenstrauß. Die Tropenhöhe konnte der Stimmung der kleinen Schaar auf dem Sonntagsausflug nach dem nahen Scheidegg nichts anhaben und allen tat es leid, als die Stunde gekommen, da unsere lieben Gäste uns verlassen mußten. Sind wir auch unbedeutend, so tröstet uns uns mit dem Bewußtsein, daß viele Kleine auch ein Großes geben und zu dem Großen, unserm Verbands, dem wir stolz angehören, wollen wir getreulich halten.

Rundschau.

Die Frau und das Buch. Eine neue Statistik der Stadt Berlin über die Städtischen Bibliotheken und Lesehallen zeigt uns, daß die Frauen in viel geringerer Zahl Besucher der Lesehallen sind als die Männer. Wir gehen nicht fehl, wenn wir diese Ursache in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Lebens finden. Bei den heutigen Lebensbedingungen hat die Frau nicht nur ihre Kraft dem Haushalt zu widmen; sie geht darüber hinaus in zahlreichen Fällen auch noch einem besonderen Gewerbe nach, so daß ihr zu kultureller Tätigkeit keine Zeit bleibt. Daher kommt es denn auch, daß im proletarischen Lichtenberg die Zahl der lesenden Frauen wesentlich hinter die Zahl der lesenden Männer zurücktritt und nur ein Viertel der Zahl der Männer ausmacht, während die Zahl der lesenden Frauen in Wilmersdorf z. B. die Hälfte der Zahl der lesenden Männer beträgt. Die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Kultur sind zu eng, als daß sie nicht immer wieder zum Ausdruck kämen für den, den nicht durch Worturteile und egoistische Interessen an der Erkenntnis gebindert ist.

Vitamine und Volkstraft. Die neuere Wissenschaft hat festgestellt, daß der Mensch ein gewisses Quantum an „Vitaminen“ zum Leben nötig hat und daß der Mensch verkümmert, wenn er die Vitamine nicht erhält. Das Vitamin A, das die Rachitis zu verhüten vermag, hat wegen seiner Eigenschaft die besondere Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt auf sich gelenkt. Man hat das Vitamin A nun aber nur in tierischen Fetten, nicht in pflanzlichen gefunden, so daß die Pflanzenmargarine nicht als der von geschäftstüchtiger Reklame gepriesene Ersatz für Butter angesehen werden kann. Weiße Scharen unserer Jugend werden aber nur oder hauptsächlich mit Pflanzenmargarine ernährt, weil die Einkommen mit dem Milch- und Butterpreisen nicht Schritt halten. Daher kommt es, daß die Sozialärzte der Städte jetzt eine Zunahme der Rachitis feststellen, auf die ja auch der Reichsminister des Innern Schiele kürzlich im Haushaltsauschuß des Reichstags hingewiesen hat.

Die Spelzung der Schulkinder aber — wo bleiben die Kleintinder? — genügt nicht. Sie ist nur eine allerdings wertvolle soziale Notstandsmaßnahme. Das Normale ist die soziale Entfaltung, die eine der wichtigsten genügende und damit im Sinne der Volkstraft ausreichende Ernährung sichert. Daß aber die Einkommensverhältnisse des größten Teiles unseres Volkes eine wissenschaftlich notwendige Ernährung gar nicht aufbringen können, sollte doch allgemein erkennen lassen, daß gesunde soziale Lebensbedingungen die erste und letzte Voraussetzung zur gesundheitlichen Entwicklung unseres Volkes sind.

Der Gesundheitszustand der Arbeiterjugend. Der Stadtarzt Dr. Jaenide hat vor einigen Jahren in Apolda die Schuljugend untersucht und über das Ergebnis dieser Untersuchung in der „Deftentlichen Gesundheitspflege“ berichtet. Jetzt hat er an den letzten Jahrgängen entsprechenden Jugendlingen von 14 bis 17 Jahren Untersuchungen vorgenommen und dabei seinem Berichte in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ zufolge gefunden, daß „der in der körperlichen Entwicklung durch die Kriegszeit hervorgerufene körperliche Nachteil noch nicht völlig aufgehoben“ ist. Im übrigen zeigen die Tabellen Jaenides, daß bei der Berufswahl schon von vornherein der Körperbeschaffenheit entsprechend eine Art Auslese stattfindet. So waren die kräftigsten Jugendlingen bei den Metallarbeitern und den Bauhandwerkern, während die Leichterarbeiter die weniger kräftige Jugend stellten.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Anlässlich des 30jährigen Bestehens hielt der Internationale Arbeiter-Touristenverein vom 3. bis zum 10. Juli in Wien seine X. Hauptversammlung ab. Nach der Begrüßungsrede des Präsidenten Nationalrat Volkert erstattete Happich den Bericht des Zentralauschusses, aus dem zu entnehmen ist, daß der Verein trotz Inflation und Wirtschaftskrisen in

Europa und Amerika 1500 Ortsgruppen mit etwa ¼ Million Mitgliedern hat und 180 Schulgruppen und Ferienheime besitzt, in denen alle Mitglieder, aller Nationen gleiche Rechte genießen. Die nächste, XI. Hauptversammlung, zu der auch der englische Arbeiter-Keiferverein, der dem Naturfreunde-Büßerbund noch nicht angehört, eingeladen wird, findet 1928 in Lugern statt.

Literatur.

„Frauenwelt“. Das sechste Erschienenes Heft 15 einer Sommer- und Heftzeit. Schon das fünfterliche ausführliche Inhaltsverzeichnis zeigt uns das Leben einer Selbstbetätigung von Dr. Viktor Engelhardt und dem Sprecher „Sommerzeit der Arbeiterwelt“ von Frau Gotheinhaber enthält das neue Heft den Roman „Das Fenster“ von E. von Strauß und Koenen, einen Aufsatz über „Belmard und die Frau“ von E. von Strauß, die Aufsätze „Kleinere Beiträge“, „Käse“, „Wästel“, „Zauber und Geheißel“ u. v. m. verwohntigend das Heft. — Die „Frauenwelt“ erscheint 14tags. Preis 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf.

„Urania“. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftliche. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Jena. Auch das Juliheft ist wiederum ein schlagender Beweis für die Notwendigkeit, dem Proletariat naturwissenschaftliche und sozialistische Bildungsarbeit nicht in soz. neutraler, d. h. veranschaulichender Weise anzubieten, sondern dabei von einer streng wissenschaftlichen und max. tiefen Grundbegründung auszugehen und die weitestgehenden Konsequenzen klar und bestimmt auszusprechen. Erst Weißhaus stellt „Die Kulturgeschichte des modernen Proletariats“ dar. Richard Wolff schreibt die Bedeutung der Röntgenstrahlung in der biologischen Epochen. Der Hauptinhalt des Heftes bringt naturwissenschaftliche Abhandlungen. Schams lehrt uns die Wetterkarte verstehen. Weitere Aufsätze behandeln „Wau und Leben der Blise“, „Das Sammeln der Ameisen“, „Kranke am Weißen Me“. In der Rubrik „Soziales Wandern“ schildert Reichs Proletariat-Gesellschaft und gibt Dr. Kaufmann sehr praktische „Chemische Winde für Konzepte“. Im Beiheft „Der Selbst“ bezieht Dr. Kohnen „Ueber einige gesellschaftliche Beziehungen“. Interessante Reisen und eine Reisebegleitung „Bachstel“ beschließen das Heft.

Und lassen kann ich die „Urania“ wirklich ein jeder Heft zwei Monatshefte und eine wertvolle Buchbeilage einordnen. Ich bin doch nur 2,00 M. bzw. 2,25 M., je nachdem die Buchbeilage gebietet oder in haarehem Reinenband gewollt wird. Das sind auf den Tag bezogen nur zwei Pfennige für eine Fülle von Anregungen, Belehrungen und Freude mit der angenehmen Aussicht, dadurch im Laufe der Zeit eine schmiede Bibliothek erwerben zu können.

Wissenschaftsbewegung — WfW — 1921/1922. Deutsche Wissenschaftsgeschichte. Sozialpolitik und Gesellschaftsentwicklung aus dem letzten Jahrzehnt. Verlag: J. D. B. Dietz Schatz, Berlin. Preis: In elegantem Reineinband 8,— M.

Prof. Dr. W. R. Haer: „Sozialer Weg zum Sozialismus.“ Im Verlag J. D. B. Dietz Schatz, Berlin, ist unter diesem Titel die von ihm im Druck erschienen, die Prof. Oskar Haer zum 100. Geburtstag herausgegeben in der Gebirgskasse des großen Volktribunen gehalten hat.

Abrechnungen.

In der Woche vom 10. bis 15. August gingen die Abrechnungen aus Gau 8 (Magdeburg) und Gau 11 (Danzig) hier ein. Gebildungen kamen aus Gau 7a (Schlesien) = 3000,— M., Gau 8 (Magdeburg) Restsumme = 1130,98 M. und Gau 11 (Danzig) = 1130,50 M. Berlin, den 15. August 1925.

Heinrich Robal.

Für die Woche vom 24. bis 29. August ist die Beitragssumme in das mit 35 bezehene Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu liefern.

STERBETAFEL

Karst.
Am Dienstag, den 4. August, abends 6 Uhr, verstarb nach langem und schwerem Leiden unser lieber Kollege
Karl Tlameyer
(Firma Mode) im Alter von 28 Jahren. Ruhe in Frieden!
Zahlstelle Bielefeld.

Am 19. Juli verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege
Fritz Beck
(Druckerei Tagblatt). Wir werden dem so früh Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.
Zahlstelle Karlsruhe.

Am 8. August verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere Kollegin, die Annelerin
Dora Gaede
(in Firma W. Hofffeld) im Alter von 28 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
die Mitgliedschaft der Zahlstelle Magdeburg.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Kollegen
Max Göhrer
(Kunstdruck K.-G.)
August Franz
(Weißerzeitung, Dipolbiswalde)
im Monat Juli verstorben sind. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
die Mitgliedschaft Weesden.

Machrus.
Am 11. August 1925 verstarb nach längerem Leiden im Alter von 75 Jahren unser lieber Kollege
Christian Spangler
(i. Fa. Schuttgarter Vereinsbuchdruckerei). Mit derselben Freude, die den Verstorbenen in seiner Firma auszeichnete, geübte er auch unserem Verbands an. In den 18 Jahren seiner Mitgliedschaft haben wir ihn achten und schätzen gelernt. Selbst in den schwermsten Zeiten hat er dem Verbands die Freude gemacht. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Zahlstelle Stuttgart.

Verantwortlich für Redaktionen: A. G. H. L. v. L. Charlottenburg, Weisheitstraße 16. Fernruf: 404. Verlag: 1882. — Verlag: S. Lohde, Charlottenburg. — Druck: Norddeutscher Buch- und Verlagsanstalt, Paul-Groth-Str. 10, Berlin SW. 68.